

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 26. August 2013

Verfasser: Daniel Hodel

### **Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig“ (Andreas Hasler)**

Der Bahnhof Stadelhofen ist einerseits ein wichtiger Knotenpunkt, auf der anderen Seite mit der bestehenden Gleisinfrastuktur ein bremsendes Nadelöhr in der zürcherischen Verkehrs-Infrastruktur. Die Volksinitiative „Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig“ möchte einen Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen forcieren und Druck auf den Bund und dessen FABI-Projektierung ausüben. Wir Grünliberalen sehen den Handlungsbedarf und das Anliegen den Bahnhof Stadelhofen auszubauen ist aus unserer Sicht unbestritten. In der Zwischenzeit haben sich jedoch die Rahmenbedingungen durch die vom Bund ausgearbeitete FABI-Projektierung stark verändert. Die Initiative braucht nun eine „Nachjustierung“. Konkret bedeutet dies:

Der vom VCS eingereichten Volksinitiative zum Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen soll ein Gegenvorschlag gegenüber gestellt werden. Im Rat ist man sich einig darüber, dass das Schienennetz im Raum Zürich im Rahmen von FABI ausgebaut werden soll. Uneinigkeit herrscht aber über die Prioritäten, die Art und Weise und die Finanzierung der einzelnen Projekte. Betroffen davon ist also auch ein Ausbau des Bahnhof Stadelhofen.

Durch einen Gegenvorschlag gibt es zusätzlichen Schub und Druck auf die FABI-Projektierung des Bundes. Das entspricht einem wichtigen Anliegen der Grünliberalen. Der Rat ist den Argumenten der Grünliberalen gefolgt. Nur die SVP hat sich dagegen ausgesprochen.

### **Umsetzung des Gegenvorschlags zur Volksinitiative „Zürisee für alli“ (Thomas Wirth)**

Vor zwei Jahren wurde die Initiative „Zürisee für alli“ zu Gunsten eines Gegenvorschlags zurückgezogen. Ziel war ein für alle zugänglicher Seeuferweg um den Zürichsee. Die Umsetzung dieses Gegenvorschlags wird nun debattiert. Ein Seeuferweg ist ein öffentliches Interesse und ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung. Eine Mehrheit spricht sich für den Seeuferweg aus, diskutiert wird nun aber prioritär ein Paragraph in der Gesetzgebung, welcher eine allfällige Enteignung zu Gunsten des Seeuferwegs regeln soll. Grundsätzlich soll das Eigentum geschützt werden.

Eine Kernfrage hierbei ist, wieso Eigentümer an Seen und Flüssen einen speziellen Eigentumsschutz erhalten sollen. Reicht der verfassungsmässig zugesicherte Eigentumsschutz nicht? Führt eine solche Regelung nicht zu einer Ungleichbehandlung der Eigentümerinnen und Eigentümer? Wir Grünliberalen werden uns immer für den Schutz des Eigentums einsetzen. Eine Spezialbehandlung der Eigentümer an Gewässern macht aber weder Sinn, noch ist eine solche für die Umsetzung des Bundesauftrages, dass Gewässer öffentlich sein sollen, nicht zielführend. Anhand eines Minderheitsantrages setzen wir uns für die Gleichbehandlung aller Eigentümer ein.

Die Gegner eines Seeuferwegs nennen zudem oft ökologische Bedenken. Die ökologische Wertigkeit des Seeufers, im Speziellen im unteren Seebecken, ist eher gering, ein ökologisches Argument gegen den Seeuferweg ist also nicht angebracht. Wir Grünliberalen setzen uns anhand eines Minderantrags dafür ein, dass die Uferwege gewässernah geführt werden, soweit keine Naturschutz- oder andere übergeordnete Interessen tangiert werden.

Wir Grünliberalen wollten aufgrund von Minderheitsanträgen den Gegenvorschlag auf guten Weg bringen. Der Rat hat die Minderheitsanträge leider abgelehnt. Die Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag wird in ca. 4 Wochen stattfinden.

### **Mehr Schutz vor Fluglärm / ZFI einhalten (Barbara Schaffner)**

Mit einem Postulat wurde Regierungsrat aufgefordert, rasch dafür zu sorgen, dass die Vorgaben des Zürcher Fluglärm-Indexes (ZFI) in Zukunft eingehalten werden. Es sollen insbesondere Massnahmen ergriffen werden mit dem Ziel, in den sensiblen Randstunden (abends und am frühen Morgen) die Flugbewegungen zu reduzieren, damit die Bevölkerung vor zunehmender Fluglärm-Belästigung geschützt werden kann.

Das Postulat wurde ohne Gegenstimme abgeschrieben.

### **Reglement über die Vorbereitung der Wahlen für die Mitglieder des Bankrates und des Bankpräsidiums der ZKB**

Im Rat wurde ein Antrag des Bankrates vom 10. Januar 2013 behandelt. Das angepasste Reglement regelt die Anforderungen und die Wahlprozedur an die zukünftigen Bankrätinnen und Bankräte. Hierbei handelt es sich primär um Vorgaben der FINMA, welche nun im Rahmen der Regeländerungen vollzogen werden sollen.

Wir Grünliberalen stützen den Antrag der ZKB. Im Rat wurde das neue Reglement genehmigt.

### **Geschwindigkeitsbegrenzung auf dem Zürichsee für Motorboote** (Beni Schwarzenbach)

Mittels einer Einzelinitiative wird gefordert, dass die Geschwindigkeit für Wasserfahrzeuge mit Maschinenantrieb auf dem zürcherischen Seeteil auf 40 km/h beschränkt werden soll. Über Ausnahmen von dieser Regelung (z. B. für Boote der Berufsschifffahrt, der Seepolizei, der Rettungsdienste etc.) soll weiter der Regierungsrat entscheiden können.

Wir Grünliberalen anerkennen, dass je schneller mit einem motorbetriebenen Boot gefahren wird, mehr Benzin verbraucht und mehr Lärm erzeugt wird. Das ist tatsächlich ein Problem. Zudem gibt es wohl tatsächlich einige schwarze Schafe, welche rücksichtslos unterwegs sind oder sich nicht an bestehende Regelungen halten. Diese Problematik jedoch mit neuen Regelungen und Gesetzen auf kantonaler Ebene lösen zu wollen, sehen wir als übertrieben und nicht zielführend an. Dies aus dem Grunde, da es bereits bestehende Regelungen gibt, wann mit welcher Geschwindigkeit auf dem Wasser gefahren werden kann (Abstandsregel) und eine kantonale Regelungen aus dem Kanton Zürich in den Seeabschnitten der Kantone St. Gallen und Schwyz nicht gelten würden. Im Weiteren gilt, dass das Tempolimit heute indirekt über den Lärmpegel geregelt ist.

Wir Grünliberale und der Rat lehnen eine Unterstützung der Einzelinitiative ab.

### **Erhöhung des Anteils neuer erneuerbarer Energien durch vertragliche Verpflichtung** (Barbara Schaffner)

Mit Hilfe einer Parlamentarischen Initiative soll in den Gemeinden der Anteil an erneuerbaren Energien durch vertragliche Verpflichtung geregelt werden. Eigentlich eine gute Sache – über Inhalt und Form lässt sich aber diskutieren.

Wir Grünliberalen anerkennen, dass im Gebäudebereich ein enormes Potenzial bezüglich der CO<sub>2</sub>-Reduktion liegt. Wir unterstützen zudem die Zielsetzung dieser PI, haben bezüglich Umsetzung aber eine differenzierte Meinung. Vorläufige Unterstützung bedeutet für uns Grünliberale, dass wir später genau hinschauen werden, welche Inhalte bei der Ausarbeitung der Vorlage behandelt werden. Es kann nicht sein, dass der Bezug von Ökostrom oder Biogas als Kompensation einer schlechten Dämmung oder einer schlechten Haustechnik eingesetzt werden kann. Das Bürokratiemonster, das zu diesem Zweck geschaffen werden müsste, steht zudem in keinem Verhältnis zur Wirkung.

Die Förderung erneuerbarer Energien ist uns Grünliberalen wichtig. Im Rahmen der MuKE 2014 und den darin genannten Massnahmen und Standards werden wir uns dafür einsetzen.

Der Rat hat die PI mit Stimmen der Grünliberalen vorläufig unterstützt.

### **Verbandsbeschwerderecht für Kulturlandschutz** (Andreas Hasler)

Diese Parlamentarische Initiative fordert eine Anpassung des Planungs- und Baugesetz, so dass auch für Rekurse und Beschwerden, welche landwirtschaftliche Nutzflächen betreffen, das Verbandsbeschwerderecht gelten soll.

Die PI erscheint uns Grünliberalen etwas unsorgfältig formuliert. Kulturlandschutz entspricht nicht der Förderung der landwirtschaftlichen Nutzflächen – es widersprechen sich also Titel und Inhalt der Initiative. Weshalb unter diesem Titel eine Beschwerde möglich sein soll, wenn ein Gestaltungsplan aufgehoben wird – was dann mehr freies Kulturland ergibt – ist unklar.

Trotzdem unterstützen wir die PI vorläufig: Der Kulturlandschutz ist grundsätzlich in unserem, grünliberalem Interesse. Für den Kulturlandschutz ein Zeichen zu setzen ist uns wichtig. Eine vorläufige Unterstützung der PI erlaubt es, dieses Anliegen vertieft zu diskutieren. In der Diskussion können dann die Unstimmigkeiten der PI ausgemerzt werden.

Mit den Stimmen der Grünliberalen kommt die vorläufige Unterstützung dieser PI im Rat zustande.

### **Fonds für Veloinfrastruktur der Gemeinden** (Barbara Schaffner)

So schnell wie diese Parlamentarische Initiative ist wohl noch nie ein Geschäft in den Rat gekommen – kaum eingereicht, schon behandelt.

1986 wurde die Finanzierung von Veloinfrastruktur im Strassengesetz mit einem jährlichen Budget für Radwege in Höhe von mindestens 10 Mio. Franken geregelt. Mit Ausnahme des letzten Jahres schafft es der Kanton Zürich leider Jahr für Jahr nicht, dieses Budget für den Bau von Radwegen auszuschöpfen. Anstatt den übrig gebliebenen Kredit in den allgemeinen Staatshaushalt zurückzugeben, soll nun mindestens die Differenz zwischen dem eingestellten Betrag und den tatsächlichen Investitionen in einen Fonds eingezahlt werden, aus dem die Gemeinden finanzielle Unterstützung für ihre eigenen Velo-Infrastrukturprojekte (Velowege, Signalisation, Veloabstellplätze u.ä.) und gegebenenfalls weitere Veloförderprojekte beantragen können.

Wir wollen, dass die jährlich versprochenen Gelder tatsächlich in die Velo-Infrastruktur investiert werden.

Diese von Barbara Schaffner eingereichte Parlamentarische Initiative wird vom Rat leider um 1 Stimme nicht unterstützt.